Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 36

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sich die KPC noch nicht Avantgarde des tschechoslowakischen Volkes nennen. Infolgedessen wird die Parteidefinition folgendermassen umgegangen: «Die KPC ist der kämpferische und aktivste Bund aller Menschen mit gleichen Grundsätzen — der Kommunisten —, welcher die bewusstesten Mitglieder der Arbeiterklasse, des Bauerntums und der Intellektuellen der CSSR auf freiwilliger Grundlage vereinigt...» (Einleitung).

Als wichtigste Aufgabe der Partei auf Parteilinie (abgesehen von den staatlichen und wirtschaftlichen) werden in der Einleitung des Statutes aufgezählt:

«Die Partei führt das Volk zum Sieg des Kommunismus; sie verleiht dem Kampf für den Kommunismus einen organisierten, geplanten und wissenschaftlichen Charakter.» Weitere Aufgabe der Partei ist die ständige Anpassung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus an die Forderungen des Alltagslebens. «Die Partei entwickelt *in schöpferischem Geist* den Marxismus-Leninismus, sie kämpft konsequent gegen die Erscheinungen der bürgerlichen Ideologien, des Revisionismus und des Dogmatismus.» Dieser Satz stammt wörtlich aus dem sowjetischen Parteistatut. Nirgends ist aber ein Hinweis darauf enthalten, wo die Grenze zu ziehen ist zwischen revisionistischer, dogmatischer und richtiger Auslegung der mehr als hundertjährigen Dogmen. Nur eines ist sicher: Derjenige, welcher diese Auslegung nicht haargenau im Sinne des Zentralkomitees macht, wird als Abweicher, Abtrünniger aus der Partei ausgeschlossen. Was nachher mit ihm geschieht, hängt von der momentanen politischen Lage ab: der allmächtige Baràk, der Chef der politischen Polizei, Innenminister usw. wurde nur zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Früher (Slansky in der CSSR, Rajk in Ungarn) kosteten «Meinungsverschiedenheiten» häufig den Kopf.

Weitere Parteiaufgaben

sind die Erziehung des Menschen der kommunistischen Gesellschaft und der Kampf gegen die Ueberreste der «privateigentümerischen» Denkweise, *gegen die religiösen Vorurteile* und gegen die Ueberreste der Vergangenheit (§ 1/e). Die Parteimitglieder müssen ferner «die Ideen des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Patriotismus (niemand weiss sicher, was das ist) fördern, die *Einheit* der Tschechen und Slowaken sowie der übrigen Nationalitäten unseres Vaterlandes festigen, gegen Nationalismus und Chauvinismus kämpfen, den Feinden von Sozialismus, Kommunismus und Frieden gegenüber kompromisslos sein» (§ 1/g). Gewissermassen wird auch die *Denunzierung zur Pflicht* aller Parteimitglieder gemacht: sie müssen Uebertreter von Partei- und Staatsdisziplin «systematisch entlarven» (§ 1/j). Zum Schluss wird der «Kampf für den Frieden» (ohne nähere Worterläuterung) zur Pflicht der Kommunisten erklärt (§ 1/k).

Die flagrante Verletzung der Konstitution

Die wichtigsten Paragraphen des Statutes beziehen sich jedoch auf die Beziehungen zwischen Staat und Partei. Das Parteistatut ist aber in diesen Fragen vollständig verfassungswidrig. Artikel 34 der am 11. Juli 1960 angenommenen neuen Verfassung erklärt, dass alle Staatsbürger der CSSR verpflichtet sind, die Verfassung und andere Gesetze einzuhalten. Nun ist es aber die Partei selbst (welche die ganze Verfassung unter Dach brachte, ausarbeitete und annehmen liess), welche das Grundgesetz durch ihr Statut am prägnantesten verletzt. Nur einige Beispiele:

Artikel 2, Absatz 1, der Verfassung stellt folgenden Grundsatz auf: «Alle Macht in der CSSR gehört den Werktätigen.» Absatz 2: «Die Werktätigen verwirklichen durch die ihnen verantwortlichen Vertretungsbehörden, welche von ihnen gewählt und kontrolliert werden, die Staatsmacht.» Unter den «Vertretungsorganen» versteht man die Nationalversammlung und die sogenannten «Nationalausschüsse», die gleiche Institution wie die Sowjets in der Sowjetunion oder die Lokalräte in Ungarn und Polen. Von der Partei steht also kein Wort. Artikel 6 der Verfassung lautet folgendermassen: «Die nationale Front der Tschechen und Slowaken, in welcher die Gesellschaftsorganisationen zusammengeschlossen sind, ist politischer Repräsentant des Bundes der Werktätigen in Stadt und Land — unter der Führung der KPC.» Dieser Artikel wird durch den Artikel 4 ergänzt: «Die leitende Kraft in Gesellschaft und Staat ist der Vortrupp der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei...»

Aus dem oben angeführten nebeligen und nichtssagenden Satz des 4. Artikels der Verfassung führt die KPC ihren Anspruch auf die *unbeschränkte* Führung und Kontrolle des Staates, aller Staatsorgane, aller Staatsfunktionäre und Wirtschaftsfunktionäre, was überall die entsprechenden Artikel der Verfassung verletzt. J. S.

(Fortsetzung folgt)

Energiewirtschaft

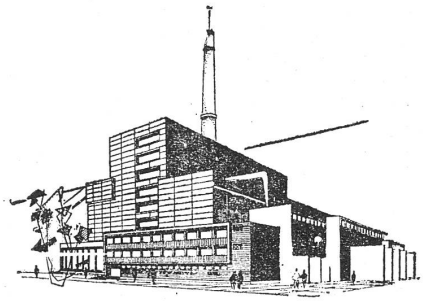
Ostblock

Gemeinsames Verbundnetz

Auf Grund der Empfehlungen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, wird unter den europäischen Mitgliedsstaaten ein einheitliches energetisches System errichtet. Bisher konnten Polen, Ungarn, die CSSR und die SBZ miteinander verbunden werden. Bis 1965 soll über Munkacevo (Karpato Ukraine) zwischen Ungarn, der CSSR, Rumänien und der Sowjetunion eine weitere Verbindung entstehen. Die zentrale Verteilungsstelle wird in Prag aufgestellt.

Seit 1960 bestehen Fernleitungen zwischen Polen und der SBZ, zwischen der SBZ und der CSSR sowie zwischen Ungarn und der CSSR. Bis Ende dieses Jahres soll die UdSSR mit der Lieferung von jährlich 1 Mio kWh an Ungarn beginnen. Das rumänische Verbundnetz wird von Marosluda ausgehend via Lesesany (Slowakei) an die sowjetsiche Fernleitung angeschlossen. Im Jahre 1963 soll die Tschechoslowakei 2 Mio kWh an Rumänien liefern. Bulgarien schaltet sich mit der Leitung Bojnicov (Bulgarien)—Craiova (Rumänien) in das System ein. Im Jahre 1965 soll die maximale Belastung des gemeinsamen Energienetzes 34 Mio kWh ausmachen. Bis 1965 müssen 1200 Kilometer Fernleitungen errichtet werden.

Das gleichgeschaltete Energiesystem ist besonders für die Länder wichtig, die arm an eigenem Strom sind. In Prag sieht der Plan die Errichtung einer gemeinsamen Verteilerstation vor.



Bulgarisches Grosskraftwerk

Das hier wiedergegebene Ansichtskroki der «Otetschestven Front» (Sofia) zeigt das zukünftige Aussehen eines Wärmekraftwerks in Russe (Nordostbulgarien), an dem gegenwärtig gebaut wird. Bei einer Kapazität von 150 000 kW soll es jährlich eine Milliarde Kilowattstunden elektrische Energie erzeugen können. Bezeichnenderweise handelt es sich um ein «Gemeinschaftswerk» des Ostblocks: die Maschinen sind in der Tschechoslowakei bestellt und als Brennstoff wird Kohle aus dem sowjetischen Dongebiet dienen. Die Betriebsaufnahme ist für 1965 vorgesehen.

Industrie

Sowjetunion

Giganten und ihre Leistungen

Die sowjetische Propagandaliteratur für den Westen und die fremdsprachigen Radiosendungen aus Moskau enthalten oft Angaben über die Inbetriebsetzung neuer Industriebetriebe. In vielen Fällen handelt es sich um gigantische Werke, in welchen Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Solche Berichte verfehlen ihre Wirkung nicht, denn im Westen ist man daran gewöhnt, dass grosse Betriebe eine entsprechend hohe Leistungskapazität aufweisen.

Am Beispiel der sowjetischen Automobilindustrie soll gezeigt werden, dass in der Sowjetunion die Grösse eines Betriebes, beziehungsweise ihre Zahl und Art der Ausrüstung nicht unbedingt eine entsprechende Leistungssteigerung zur Folge haben.

Gemäss dem ersten Nachkriegs-Fünfjahresplan sollten im Jahre 1950 500 000 Automobile produziert werden. Damals gab es Automobilwerke nur in Moskau, Gorkij, Jaroslawl und im Ural. Seither wurden mehrere «Giganten der Automobilindustrie» gebaut, namentlich die Fabriken in Schodino (Weissrussland), in Miassa (Ural), in Minsk, Lvov, Dnjepropetrovsk usw.

Laut Bericht der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR wurden im Jahre 1961 555 000 Automobile hergestellt, das heisst, dass die für das Jahr 1950 vorgesehene Produktionszahl erst zehn Jahre später erreicht wurde. und dies trotz der Inbetriebnahme modernster Automobilwerke. Wenn man bedenkt, dass die Volkswagenwerke allein über eine Million Kraftfahrzeuge jährlich produzieren, erscheint die Leistung der sowjetischen Automobilindustrie unglaublich klein. Der Bericht der Statistischen Verwaltung enthält noch eine interessante Zahl, nämlich die der produzierten Personenwagen — 149 000. Nun wird es klar, warum Moskau die einzige europäische Hauptstadt ist, die keine Verkehrsprobleme kennt.

Dass in einem Land verhältnismässig mehr Personenwagen und in einem anderen mehr Lastwagen hergestellt werden, mag seine wirtschaftlichen Gründe haben; dass auch in einem hochindustrialisierten Land gewisse Industriezweige nachhinken und nicht genügend entwickelt werden, kann man auch verstehen, dass aber über ein Dutzend grosser Betriebe nur etwa eine halbe Million Kraftfahrzeuge jährlich produzieren können, ist nicht ohne weiteres begreiflich. Auch dann nicht, wenn man berücksichtigt, dass die sowjetische Automobilindustrie grösstenteils Lastwagen herstellt, denn diese sind nicht wesentlich komplizierter als die Personenwagen.

Unter solchen Umständen ist die Frage berechtigt, was eigentlich die Zehntausende von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren machen, die in der Automobilindustrie beschäftigt sind? Eine naheliegende Erklärung könnte darin liegen, dass die Automobilindustrie zum grössten Teil Nutzfahrzeuge für die Armee herstellt, die in den Berichtszahlen der Statistischen Verwaltung natürlich nicht inbegriffen sind. Dies stimmt aber nur zu einem sehr kleinen Teil, denn in der Regel werden die Aufträge für die Armee in den sogenannten «Nummernbetrieben» erfüllt, also in den eigentlichen Kriegsindustriefabriken, die in der Sowjetunion aus Geheimhaltungsgründen nur mit Nummern bezeichnet werden, und bei denen die Ortsangabe immer fehlt. Es werden zwar in allen bestehenden Automobilfabriken entsprechende Massnahmen getroffen, damit im Bedarfsfall eine rasche Umstellung auf Kriegsmaterialproduktion erfolgen könnte, eigentliche Rüstungsaufträge werden aber hier in Friedenszeiten nicht erfüllt.

Ein anderer Grund könnte darin liegen, dass eine verhältnismässig junge Automobilindustrie bedeutend mehr Arbeitskräfte für die Entwicklungsarbeiten (mangels Erfahrung) benötigt. Im Falle der sowjetischen Automobilindustrie stimmt auch diese Ueberlegung nicht. Es genügt, die neuesten sowjetischen Automodelle, wie sie an den Ausstellungen in Brüssel, London, Paris oder am Autosalon in Genf demonstriert wurden, näher zu betrachten, um zu sehen, dass es sich um keine eigenen Entwicklungen handelt, sondern ausnahmslos um mehr oder weniger gut gelungene Nachahmungen der Erzeugnisse der amerikanischen, englischen und deutschen Automobilindustrie.

Die Erklärung für die unzureichenden Leistungen der sowjetischen Automobilindustrie liegt in den allgemeinen Organisationsformen der verstaatlichten «sozialistischen Wirtschaft», die zur Unrentabilität vieler Betriebe und ganzer Wirtschaftszweige führen, weil die Preisfrage (gemeint ist nicht der Marktpreis eines Produktes, sondern die Summe der für die Produktion aufgewendeten Mittel: Arbeitskraft, Investitionssummen, Produktionsmittel) in dieser «fortschrittlichsten Form der Wirtschaft» keine Rolle spielt. Es wird einfach um jeden Preis produziert. Die Rentabilität wird nicht für jedes Erzeugnis und nicht für jeden Betrieb berechnet, denn was bei der Automobilherstellung verloren wird, kann ja in der Traktorenindustrie oder bei der Herstellung von Radioapparaten kompensiert werden.

Der scheinbare Vorteil dieser Ausgleichsmöglichkeit ist trügerisch, denn jeder Wirtschaftsleiter, jeder Fabrikdirektor, jeder Ingenieur und Techniker ist dadurch von der Pflicht befreit, sein Bestes zu tun. Dies ist das Hauptübel des sozialistischen Wirtschaftssystems. Aus diesem Grund werden in der Sowjetunion die Wirtschaftsleiter so oft ersetzt, deshalb gibt es Kohlenbergwerke, in welchen die Selbstkosten der geförderten Kohle höher als der Verkaufspreis sind, deshalb erklärte die Parteileitung erst kürzlich, dass die ganze Viehzucht seit Jahren deffizitär ist usw.

Solche Feststellungen über die ungenügenden Leistungen der sowjetischen Industriegiganten sind keine Schwarzmalerei, sondern beruhen auf sowjetischen Angaben. Sie stehen auch nicht im Widerspruch zu den Spitzenleistungen der sowjetischen Technik auf einzelnen Gebieten (zum Beispiel Raketentechnik), im Gegenteil, solche Spitzenleistungen sind erst durch die Vernachlässigung anderer Wirtschaftszweige möglich und werden vor allem vom Gesichtspunkt der politisch-militärischen Zweckmässigkeit bestimmt. GB

Regime

SBZ

Aus der gestoppten Fluchtbewegung

Im Westen hört man von den vereinzelten geglückten Fluchtversuchen aus der deutschen Sowjetzone, ferner von den tragischen Fällen, in denen unglückliche Flüchtlinge am Drahtverhau oder an der Mauer niedergeschossen werden. Zahlenmässig von Bedeutung sind aber dazu noch die Kontingente von SBZ-Bewohnern, die an der Grenze auf unspektakuläre Art verhaftet werden. Nicht für den Westen bestimmte sowjetzonale Meldungen geben darüber Aufschluss. Sie zeigen, wie überraschend stark der Fluchtwille trotz der tödlichen Gefahren nach wie vor ist.

74 Sowjetzonenbewohner sind nach Berichten in Lokalausgaben der SED-Bezirkszeitungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres allein im Bereich des thüringisch-bayerischen und des thüringisch-hessischen Grenzabschnittes beim Fluchtversuch über die Demarkationslinie verhaftet worden. In einigen Fällen haben Angehörige der kommunistischen Kinderorganisation «Junge Pioniere», wie es in den Berichten der Lokalpresse heisst, «durch ihre Aufmerksamkeit mit dazu beigetragen, dass Grenzverletzer von unseren Sicherungsorganen gestellt werden konnten».

Angehörige des «Kommandos Küste» der Sowjetzonen-Volksmarine haben im Juli vor der Zonen-Küste der Lübecker Bucht sieben Personen beim Fluchtversuch über die Ostsee verhaftet.

Mit 38 826,7 Millionen Mark hat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik die industrielle Bruttoproduktion sämtlicher Betriebe der Sowjetzone im ersten Halbjahr 1962 ausgewiesen. Im Vergleich zur Gesamtjahresplanauflage 1962 mit 80,1 Milliarden Mark ist der Plan in den ersten sechs Monaten nur mit 96,92 Prozent erfüllt worden. Es bestätigt sich erneut, dass es auch in diesem Jahr nicht gelungen ist, einen kontinuierlichen Produktionsablauf zu sichern, der bis Ende Juni ein Bruttoproduktionsergebnis von mindestens 40,05 Milliarden Mark verlangt hätte.

Erziehung

China

Rassendiskriminierung?

Afrikanische Studenten haben in Peking das Gefühl, einer Rassendiskriminierung ausgesetzt zu sein, obwohl es sich möglicherweise um eine «Apartheid» handelt, die ihre Vorzugsbehandlung der eigenen Bevölkerung gegenüber verdecken soll.

In Conakry trafen 30 Kameruner Studenten ein, die von der chinesischen Regierung ausgewiesen worden sind. Die Studenten, die der oppositionellen «Union des Peuples Camerounais» (UPC) angehören, waren von China zum Studium eingeladen worden. Sie erklärten, ihre Ausweisung sei eine Folge der Rassendiskriminierung, der sie in Rotchina ausgesetzt gewesen seien. Einer der Studenten, Pierre Mouchili, erklärte: «Es war nicht nur jeder Kontakt zwischen afrikanischen Männern und chinesischen Frauen verboten, sondern auch jeder Kontakt zwischen Chinesen und Afrikanern.» Alle ausgewiesenen jungen Kameruner sagten übereinstimmend aus, die afrikanischen Studenten seien nicht berechtigt gewesen, in den Geschäften einzukaufen, die anderen ausländischen Studenten offen gestanden hätten. Die Ausweisung erfolgte, als die Studenten aus Kamerun gegen diese Rassendiskriminierung gemeinsam protestierten.

Meldungen über Rassendiskriminierung im herkömmlichen Sinn sind bisher kaum schlüssig bestätigt worden. Ein Haupttrumpf der chinesischen Kommunisten bei den afroasiatischen Völkern besteht ja darin, sich selbst als «farbige Rasse» zu bezeichnen, die sich vom weissen Kolonialjoch befreit habe. Die Isolation der Afrikaner an chinesischen Universitäten dürfte vor allem zwei Gründe haben, die einander ergänzen: 1. Die Gaststudenten sollen über die wirklichen Lebensbedingungen der chinesischen Bevölkerung nichts erfahren. 2. Die einheimische Bevölkerung (namentlich chinesische Komilitonen) soll über die propagandistisch bedingte Vorzugsbehandlung der Studierenden aus den Entwicklungsländern nicht unterrichtet werden.

Handel

Südafrika

Der passende Partner

Die Sowjetunion und ihre Satelliten sind von Verwoerd dazu ausersehen, Südafrika aus der wachsenden Wirtschaftsisolierung herauszuhelfen, in die es infolge seiner Apartheid in zunehmendem Masse geraten ist. Der Ausschluss aus dem Commonwealth soll durch engere Beziehungen zum Comecon-Block kompensiert werden. Zwar möchte der Ostblock am liebsten auf ein Monopol im Kampfe gegen die südafrikanische Rassenpolitik verkünden, aber das braucht einen «freundschaftlichen Handelsverkehr» ja nicht auszuschliessen, wenn er politischen Nutzen einbringen könnte. Diktator Verwoerd weiss, dass er mit der Skrupellosigkeit Chruschtschews rechnen darf. Wie weit die Sowjetunion das Mitmachen als opportun erachtet, ist natürlich eine andere Frage — und die einzige Frage.

Nach einer Mitteilung von leitenden Persönlichkeiten des Südafrikanischen Bauernverbandes und des Bauernverbandes von Transvaal wollen die südafrikanischen Agrarier versuchen, ihre Produkte eventuell auch auf den Ostblockmärkten abzusetzen, da sie infolge der europäischen Integration ihre bisherigen Märkte als gefährdet betrachten. Die südafrikanischen Bemühungen für einen aktiveren Osthandel gehen bereits auf das Vorjahr zurück, als der zuständige Minister im Parlament (27. März 1961) für die Aktivierung der Handelsbeziehungen zum Ostblock eingetreten ist.

Die Sowjetunion bzw. der Ostblock führen wegen der Rassentrennung bereits seit längerer Zeit eine scharfe Kampagne gegen die südafrikanische Regierung und unterstützen jede gegen sie gerichtete Aktion. Aber schliesslich hatte Stalin im Jahre 1939 mit Hitler auch einen umfangreichen Wirtschaftsvertrag abgeschlossen.

Religion

Polen

Atheistische Kirchgänger

«Sztandar Mlodysch», Organ der kommunistischen Jugendorganisation Polens, führte kürzlich bewegte Klagen, dass auf dem Lande sogar überzeugte Atheisten in die Kirche gingen, weil das so üblich sei.

Der Verfasser des Artikels zitierte den Brief eines Elektrikers über dessen Eindrücke auf dem Lande. Er hatte unter anderem einen jungen Bauern über seine Einstellung zur Religion befragt.

Der Briefschreiber führte aus, der junge Bauer, ein «kluger Junge», glaube nicht an Gott, sei aber der Ansicht, Religion sei notwendig, um in den Kindern und Jugendlichen die moralische Grundlage zu bilden.

«Ich könnte noch viele Tatsachen berichten, denn hier stösst man auf Schritt und Tritt auf Widersprüche», schrieb der Elektriker in seinem Brief an die Zeitung. «Ich weiss, was ich sage», fügte er hinzu, «denn ich habe das Vertrauen der Leute durch meine Arbeit gewonnen (ich lege in meiner Freizeit elektrische Leitungen und repariere Motoren und anderes). Ich bin auch in die Kirche gegangen, aus Gründen der Schicklichkeit, die hier eins sind mit dem Kirchgang. Da kann man nichts machen.»

Damit endete der Brief, und der Verfasser des Artikels begann seine Klagen mit der Feststellung, dieser Brief sei «typisch».

«Mein Freund sagt: ‚Wie inkonsequent die Leute doch sind' und geht während seines Sommerurlaubs als überzeugter Atheist, der er ist, ‚aus Gründen der Schicklichkeit' in die Kirche, damit die Leute nur ja nichts Schlechtes von ihm denken — er benimmt sich korrekt, die anderen sind ‚inkonsequent'.»

Dann bezeichnet er das Verhalten des Elektrikers als «Feigheit angesichts eines möglichen Konfliktes, als Feigheit ‚im Voraus'.»

«In Wirklichkeit ist das ein gewöhnlicher Betrug, dieser Betrug ‚aus Gründen der Schicklichkeit'. Um so schlimmer für ihn», meinte er.

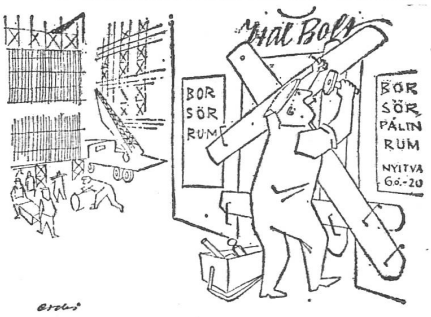
Soziales

Ungarn

Der letzte König

in Ungarn scheint König Alkohol zu sein. Der Konsum an geistigen Getränken steigt von Jahr zu Jahr und erreicht jetzt Rekordhöhen. Betrug 1949 der Pro-Kopf-Verbrauch an Alkohol noch 5,82 Liter, so stieg er zehn Jahre später schon auf 8,10 Liter. Der Mehrgenuss betrifft vor allem «steife» Getränke, wie Rum, Wodka und den einheimischen Obstschnaps «Palinka». Nahezu ein Fünftel der Todesursachen wird heute unter anderem mit Alkohol in Zusammenhang gebracht (Leberschrumpfung, Nierenleiden, organische Schwächung, Verkehrsunfälle). Rund ein Viertel aller Fälle von Geisteskrankheiten ist nach amtlichen Erhebungen auf Alkoholismus zurückzuführen. Als besonders alarmierend wird empfunden, dass zwei Drittel der Gewohnheitstrinker ihrem Laster verfallen, ehe sie 25 Jahre alt sind. Dazu ist es in Kreisen mit geringem Einkommen am stärksten verbreitet. Personen mit einem Monatsgehalt von 1000 Forint (ein Facharbeiter kommt auf 1500 Forint) geben monatlich 365 Forint für alkoholische Getränke aus.

An sich ist das kommunistische System getreu den leninistischen Thesen alles andere als alkoholfreundlich. In Ungarn aber wurde der Genuss geistiger Getränke in den fünfziger Jahren sogar propagiert, weil man das politisch, wirtschaftlich und sozial enttäuschte Volk nicht noch mit Prohibitionsmassnahmen verdriessen wollte.



«Unfallverhütung!» heisst es lakonisch als Ueberschrift zu dieser Zeichnung in der ungarischen satirischen Wochenschrift «Ludas Matyi». Die Türe zum Gasthaus mit den einladenden Schildern (Wein, Bier, Rum, Branntwein) wird vernagelt.

Jetzt allerdings hat das Regime eine scharfe Kehrtwendung vollzogen. Am 20. Juli dieses Jahres wurde der staatliche Gesundheitsdienst durch Präsidialbeschluss verpflichtet, chronische Alkoholiker einer Entwöhnungskur zu unterziehen, sofern sie durch ihr Verhalten das Familienleben zerrütten, schlechten Einfluss auf Minderjährige ausüben, die Sicherheit ihrer Umgebung, die öffentliche Ordnung oder die produktive Arbeit gefährden. Der Antrag auf Einlieferung in Trinkerheilanstalten kann nicht nur von Familienangehörigen, sondern auch von beliebigen Organisationen (Gewerkschaften, Frauenvereine, Jugendgruppen) gestellt werden.

Erweitert worden sind auch die Polizeikompetenzen gegenüber randalierenden Trunkenbolden, welche jetzt die Kosten von allfälligen Massnahmen selbst zu tragen haben, so etwa ambulante ärztliche Behandlung, selbst wenn sie versichert sind. Klagen wegen rückständiger Alimentationszahlungen geschiedener Alkoholiker werden von jetzt an von den Gerichten mit Vorrang (innerhalb von zehn Tagen) behandelt. Trinkern, die finanziellen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachkommen, kann bis zu 50 Prozent ihres Gehaltes zurückbehalten werden.

Hand in Hand mit den neuen administrativen Massnahmen geht auch eine propagandistische Kampagne. Die Ergebnisse dieser Bestrebungen werden die kommenden Jahre zeigen.

In einem kleinen ungarischen Dorf (Szentpeterfalva) von 500 Einwohnern verteilte die örtliche LPG als Ration für dieses Jahr unter ihren Mitgliedern 7000 Liter Palinka (leichter Obstschnaps). Sie sind bereits bis zum letzten Tropfen ausgetrunken («Nepszabadsag»).

Propaganda

Rüstungsdialektik

Eines der schwierigsten Probleme, dem sich die kommunistischen Propagandisten, deren Los es ist, der Bevölkerung der Satellitenstaaten die offizielle Politik verständlich zu machen, gegenüberstehen, besteht darin, die Friedenskampagne mit den erhöhten Verteidigungsausgaben in Einklang zu bringen.

Im Laufe des vergangenen Jahres sind bei allen Mitgliedern des Warschauer Paktes die Ausgaben für Verteidigung gestiegen, und erhöhter Nachdruck wurde auf die Stärke des «sozialistischen Lagers» gelegt. Gleichzeitig sahen sich aber die kommunistischen Herrscher, vor allem auch im Hinblick auf die sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzungen über die Vermeidbarkeit von Kriegen, gezwungen, mehr und mehr die Vorteile einer friedlichen Koexistenz und die Möglichkeiten der Vermeidbarkeit von Kriegen herauszustreichen.

Ein typisches Beispiel für die Verwirrung, die sich aus diesem offenbaren Gegensatz zwischen Worten und Taten ergibt, lieferte das ungarische Provinzblatt «Csongrad Megyei Hirlap».

Kürzlich sei in einer öffentlichen Versammlung eine alte Dame aufgestanden und habe gefragt: «Man erzählt uns andauernd, dass wir für den Frieden und für die Abrüstung kämpfen. Warum also

war es notwendig, meinen jungen Nachbarn, der gerade heiraten wollte und eben erst anfängt, soviel Geld zu verdienen, dass er seine Eltern unterstützen kann, zu den Waffen zu rufen?»

Diese Ansichten seien «häufig» bei solchen Leuten anzutreffen, die «der Politik nicht allzu nahe stehen», man finde sie aber auch bei denen, deren politisches Bewusstsein schon weiter entwickelt sei. Das Blatt führte ein anderes Beispiel an: «Als kürzlich die sozialistischen Länder, die im Warschauer Pakt zusammengeschlossen sind, in Ungarn Manöver abhielten, schienen verschiedene Leute zwischen unserem ständigen Friedenskampf und diesen Manövern einen Gegensatz zu entdecken.»

«Gibt es da wirklich einen Gegensatz?» fragte «Csongrad Megyei Hirlap» und kam, ziemlich überraschend, zu dem Schluss, dass tatsächlich ein Gegensatz bestehe.

«Zweifellos kann die Idee vom Frieden nicht leicht mit Manövern, die Abrüstung nicht mit der Modernisierung und der fortlaufenden Ausbildung der Streitkräfte in Einklang gebracht werden», räumte das Blatt ein. «Dieser Gegensatz wird aber so lange existieren, bis wir eine Welt ohne Waffen haben werden und die herrlichen Zeiten einer allgemeinen und totalen Abrüstung anbrechen werden.»

Das Blatt wies darauf hin, dass der Kampf um den Frieden ein Kampf «in des Wortes reinster Bedeutung» sei — einschliesslich des Kampfes, jeden einzelnen Ungarn davon zu überzeugen, dass es notwendig sei, seinen Militärdienst abzuleisten und Tausende von Millionen Forint für die Modernisierung der Landesverteidigung auszugeben.

Geschichte

Polen

Der Film vom 1. September

Die polnische Geschichtskunde unterschlägt im Parteiauftrag nach wie vor möglichst vollständig den Warschauer Aufstand (bei dem die Widerstandskämpfer von den Sowjets bewusst ihrem Schicksal im Kampf gegen die SS-Truppen überlassen wurden) unter dem Vorwand mangelnder Dokumentation. Dafür werden die Ereignisse vom Herbst 1939 (als Hitler und Stalin verbündet Polen besetzten) ausführlich behandelt. Aber wie verlogen! Der sowjetische Einmarsch erscheint als Präventionsmassnahme, mit der Moskau möglichst viel polnisches Territorium vor dem Zugriff Hitlers retten wollte.

«Zycie Warszawy» (Warschau) beantwortete kürzlich einen Leserbrief mit folgendem Inhalt:

Im Laufe der letzten Jahre wurde viel über das Thema von Filmen über den Warschauer Aufstand im Jahre 1944 geschrieben. Es wurden sogar Projekte ausgearbeitet, wie auf Grund der deutschen Filmdokumente und anderem Material ein Dokumentarfilm zusammenzustellen sei. In letzter Zeit hört man aber über diesen Film nichts mehr, obwohl man den Jahrestag des Aufstandes vor kurzem beging.

Redaktionsantwort: Die Oberverwaltung für Kinomatographie teilt mit, dass es an Filmdokumenten über den Warschauer Aufstand fehlt. Es gibt nur einige Fragmente, welche sich aber für eine Zusammenstellung nicht eignen. Kürzlich wurden aber aus den US-Archiven Aufnahmen vom September 1939 und über Kriegshandlungen gekauft. Infolgedessen hat Polen jetzt schon ziemlich viel Material über den September 1939, welches die Zusammenstellung eines Dokumentarfilmes: «September — es war so» möglich machte. Hingegen treten grosse Schwierigkeiten bei der Produktion eines Dokumentarfilmes über den Warschauer Aufstand auf. Die Suche nach weiteren Materialien — besonders in den USA — ist im Gange.

Diese Antwort ist nun äusserst charakteristisch. In einem Dokumentarfilm über den Warschauer Aufstand im August 1944 wäre es unmöglich, darauf nicht bezug zu nehmen, dass die Truppen der Roten Armee auf dem anderen Ufer der Weichsel standen und die polnischen Patrioten verbluten liessen, ohne eine Aktion in ihrem Interesse unternommen zu haben. Hingegen wird man dem Film über den September 1939 einen sehr starken antiwestlichen Charakter geben. Die bisherige Literatur über den Kriegsausbruch lässt vermuten, dass die Spitze dieses Filmes nicht nur gegen die Deutschen, sondern auch, vielleicht noch mehr, gegen England und Frankreich gerichtet sein wird. In der reichen Literatur über den «September 1939» wird hingegen über den Angriff der Sowjetunion gegen Polen nur in dem Sinne geschrieben, dass die Sowjets einen Teil Polens vor der deutschen Herrschaft bewahren wollten.

Soziales Jugoslawien

Überflüssige Arbeitskräfte

Gewerkschaften und Arbeiterräte vertreten gegenüber dem Arbeiter die Interessen des Betriebes. Diese Feststellung steht im Belgrader «Kommunist» als Zitat aus einem Interview mit sechs entlassenen Arbeiterinnen der Trikotagefabrik «Crvena Zvijezda» in Osijek. Auch das Wahlverfahren der Arbeiterräte schilderten die Entlassenen: Die Kandidaten wurden vorgeschlagen und die Belegschaft musste zustimmen. Sehr bemerkenswert wirkt, wie die Arbeiterinnen sämtliche Funktionäre als gleichgeschaltete anonyme Macht empfanden und mit Ausdrücken wie «die dort», «sie» oder «jene» bezeichneten.

Das Interview nahm folgenden Verlauf:

«Wir sind entlassen worden mit der Begründung, wir seien überflüssige Arbeitskräfte, da man nicht genügend Rohmaterialien angeschafft hatte und dadurch die Kapazität der Produktion herabgesetzt wurde. Wir müssen deshalb auf die Strasse. Ist das gerecht?»

«Was geht uns an», fügte eine kleine Arbeiterin hinzu, «dass sie keine Rohstoffe auf dem Lager haben? Sie sollen selbst dafür sorgen, rechtzeitig kaufen. Wir sind Arbeiterinnen. Wir haben das Recht auf die Arbeit.

«Wer hat Sie entlassen», fragte der Parteisekretär.

«Die dort.»

«Haben Sie darüber in Ihrem Arbeiterkollektiv oder an der Gewerkschaftssitzung diskutiert?»

«Nein!»

«Warum haben Sie nicht eine Beschwerde eingereicht?»

«Wem? Die blasen alle ins gleiche Horn.»

«Haben Sie nicht Ihren Arbeiterrat selbst gewählt?»

«Jawohl, das heisst man hat ihn vorgeschlagen und wir sagten ja.»

Die Belgrader Parteizeitung gibt dieses Gespräch, das sich in ähnlichen Wendungen weiterzog, nicht ohne Kommentar wieder. Diese Stellungnahme enthält nun wohl einige abwägende Ueberlegungen, die den besonderen Umständen der entlassenen Arbeiterinnen gerecht zu werden suchen, nimmt aber, gesamthaft betrachtet, doch eindeutig Partei für die Arbeitgeber.

Es sei auffällig, so schreibt der Verfasser, dass die Arbeiterinnen anscheinend noch nie über die verschiedenen Leute nachgedacht hätten, die im Betrieb zu finden seien. Alle Personen in den verschiedenen Verwaltungszweigen hätten sich bestimmt als gute Menschen erwiesen bis zur fraglichen Entlassung. Uns scheint dabei noch auffälliger, dass «Kommunist» selbst als «verschiedene Verwaltungszweige» Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in einem Atemzug nennt und keinen Unterschied macht.

Dann: Die Arbeiterinnen hätten sich nur um ihre Arbeit und sonst um nichts gekümmert. Deshalb hätten sie kein Verständnis für den Kündigungsgrund aufgebracht. «Sie denken nur an ihr Recht. Nur so konnten sie von der Entlassung überrascht werden.» Das heisst also, Arbeiter haben es im kommunistischen System zu unterlassen, an ihr Recht zu denken.

Der Weg in die Zone

(Fortsetzung von Seite 3)

Verbot nichts stehe; des weiteren hätten wir nicht parkiert, sondern nur schnell angehalten, da uns plötzlich nicht mehr wohl sei.

«Und dieser da!» Er zeigt auf mich und eilt auf mich zu. Gelassen nehme ich meinen Schweizer Pass aus der linken Brusttasche und halte ihn geöffnet dem ostzonalen Schergen unter seine Nase. Er brüllt mich an, ich hätte ihm meine Papiere zu geben. Mit den Worten: «Voilà mon capitaine», händige ich ihm meinen Pass aus. — Er blättert nervös darin, sucht mein Foto und vergleicht dieses mit dem vor ihm stehenden Original. Wortlos gibt er mir mein Dokument zurück und wendet sich ohne Gruss von mir ab.

Die Personalausweise meiner bundesdeutschen Freunde fliegen auf die Kühlerhaube unseres Wagens zurück. — Der Vopo-Offizier wendet sich der Beerensammlergruppe zu. — Die diesen Leuten geschenkten Zigarren sind plötzlich verschwunden. Verschwunden ist auch der Zettel mit meiner Adresse. — Auch die den dabeistehenden Mädchen geschenkten Orangen sind nicht mehr zu sehen. — Starren Blickes schaut die ganze Gruppe zum Wegrand auf, wo der Vopo-Offizier steht und sie anzubrüllen beginnt:

«Im Interesse ihrer eigenen Sicherheit verlassen Sie dieses Gebiet sofort! Wenn ein vorbeifahrender Kapitalistenwagen einen seiner Reifen verliert, sind sie alle gefährdet. Sie können verletzt, ja sogar getötet werden. Sie verschwinden sofort dort, woher Sie gekommen sind und kommen nicht wieder zum Vorschein!»

Die ganze Gruppe verschwindet im niedrigen Gebüsch und winkt uns noch schnell zu. Der Vopo-Offizier wird ganz bleich und wendet sich uns zu und brüllt uns entgegen: «Auch Sie fahren sofort weg und halten nicht mehr an!»

War es ein Spuk, war es ein böser Traum, ist es Wirklichkeit? (Fortsetzung folgt)

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 5. September 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Nicht um eine Firma mit getarnten Beziehungen, sondern um eine Vereinigung mit getarnten Absichten handelt es sich beim «Verband sowjetischer Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Beziehungen mit dem Ausland». Wir berichteten Ende letzten Jahres (KB, Nr. 48, 1961, «Zentrale für Kultursubvention») über die Gründung der Gesellschaft «Sowjetunion-Schweiz» mit dem Hinweis darauf, dass hier ein kommunistisches Propagandapotential mit getarnten Anliegen erkannt und beachtet werden müsse. Namentlich das kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramm verlockt durch seinen informativen Anstrich. So wird versucht, sachliches Interesse in den Dienst der sowjetischen Machtpolitik zu stellen, ein Vorhaben, dass wegen mangelnder Vorsicht und mangelnder politischer Vorbereitung in unsern Ländern noch zu häufig gelingt. Dabei sind solche Gesellschaften insofern noch relativ leicht erkennbar, als sie ihren Sitz in Moskau haben, was schon rein örtlich ihre «Herkunft» ersichtlicht macht.

Grössere Verführungskraft aber hat bestimmt das Pendant dazu, die im Ausland gebildete Gesellschaft für «unpolitische» Beziehungen mit der Sowjetunion (oder andern kommunistischen Staaten). Für uns aufschlussreich ist das Beispiel Schweden, weil dort die Verhältnisse — wenigstens was die Auseinandersetzung zwischen der totalitären und der freien Welt betrifft — mit den unsern vergleichbar sind. Schweden ist bestimmt nicht von der kommunistischen Ideologie bedroht. Ein klassenkämpferischer Nährboden nach dem Wunsche des Kremls besteht in diesem sozial regierten Staat ebensowenig. Um so aufschlussreicher sind einige Zahlen über die Gesellschaft «Schweden-UdSSR», wie sie kürzlich in der sowjetischen Presse erschienen. Die Gesellschaft hat mit ihren 43 Filialen über 6000 Mitglieder, die sich aus intellektuellen Kreisen rekrutieren. Eine Hauptaktivität besteht in der Durchführung von Ausstellungen über die UdSSR, durchaus in einer einseitig werbenden Aufmachung, die in der Sowjetunion vorbereitet wird. Ferner organisiert die Gesellschaft geführte Touristenreisen in die UdSSR. Im Rahmen dieser Organisation haben bisher etwa tausend Mitglieder verschiedene Sowjetrepubliken besucht, immer unter sorgfältiger Lenkung und Betreuung. (Wie auch die Gesellschaft Schweiz-Sowjetunion, s. S. 1.)

6000 Intellektuelle sind keine kleine Zahl, selbst dann, wenn man den Begriff nicht allzu streng fasst. Viele Mitglieder würden die Bezeichnung «Kommunist» oder «Mitläufer» vermutlich nicht nur mit ehrlicher Entrüstung, sondern auch mit persönlicher Berechtigung zurückweisen. Auch gibt es sicher unter ihnen viele, die sich nicht als blindes Instrument des Kremls manipulieren lassen und beispielsweise Wissensaustausch und Propaganda sehr wohl zu unterscheiden wissen. Dennoch erfüllen sie — und das ist das Perfide — ihren Zweck im politischen Machtspiel Moskaus. Selbst wenn sie der kommunistischen Propaganda nicht unterliegen, selbst wenn sie an ihr keinen Anteil haben, helfen sie mit, ihr Eingang zu verschaffen. Und zwar ohne die Möglichkeit (die Absicht bleibe dahingestellt) zu wirklicher Aufklärung über das freie Schweden in der Sowjetunion. Das ist das Verlogene am Austauschprogramm aller dieser Gesellschaften: Ware und Währung bestimmt nur eine Seite, die somit nicht als Partner, sondern als Herr figuriert. Und wer ihre Bedingungen annimmt ohne die Möglichkeit zu haben, seine eigenen zu nennen, tritt somit in ihre Dienste. Ihre Leibeigenen hat die Sowjetunion zu Hause. Im Ausland stellt sie Butler an.

Wer einem Gegner erfolgreich entgegentreten will, muss ihn kennen. Er muss aber auch des eigenen Arsenals an geistigen Waffen sicher sein, um die Auseinandersetzung mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. An beiden Voraussetzungen fehlt es vielfach bei uns.

Bundesrat Wahlen, Januar 1962.

Fischmehlfütterung

Die erschreckliche Folge von falscher Fütterung der Schweine durch Fischmehl stellt das kleine Bild der ostzonalen «Neuen Deutschen Bauernzeitung» dar. Die ungenügende Schweinehaltung ist eine Hauptsorge der Viehwirtschaft in der SBZ. Das Fehlen von Futterkartoffeln hat zu allerhand Diskussionen über den besten Ersatz geführt, wobei aber offenbar keine befriedigende Lösung gefunden wurde.

Der Schnappschuss

Ein Witz aus Budapest: In der Schule vergleicht ein Bub in einer gestellten Aufgabe den «Sozialismus» (d. h. Kommunismus) mit einem Schiff, das trotz Sturm und hoher See den Hafen sicher erreicht. Da streckt ein kleines Mädchen auf und ergänzt: «Und auf der Reise wurde es allen Passagieren sehr schlecht.»

*

An einer Konferenz ungarischer Tanzlehrer in Budapest wurde als Parteibeschluss das Verbot bekanntgegeben, den Twist ins Repertoire aufzunehmen. Man muss sich sonst schon genug krümmen.

*

Ein Budapester Witz: Am Examen wird die Frage nach dem Unterschied zwischen kapitalistischem und sozialistischem Wirtschaftssystem gestellt. «Ich hatte Glück, ich bin durchgeflogen!» berichtete hernach der Student Kovacs seinem Freund Szabo. «Dir hat's wohl ausgehängt!» meint dieser. «Aber nein. Ein Komilitone von mir wusste die Antwort. Er bekam fünf Jahre».

*

Radio Sofia berichtete kürzlich über das Schicksal eines Eisenbahnwagens mit dringlich bestellten Ersatzteilen aus der Sowjetunion. Der Waggon benötigte zwanzig Tage für die Reise vom Schwarzmeerhafen Burgas bis nach Sliven, das heisst für rund 100 Kilometer. In der Zeit wurden zwei erfolgreiche Suchaktionen geführt. Das erste Mal fand man den Güterwagen auf einem Abstellgeleise auf der Strecke, das zweite Mal auf einem Abstellgeleise in Sliven selbst.

«Die Partei — unser Führer»

Unter solchen Klängen marschiert die neue Hitlerjugend: Die sowjetzonalen «Thälmann-Pioniere» (Kinderorganisation der SED) haben ihr Monatslied für den September erhalten.

«Links! Links! Links, zwei, drei, vier!
Links! Links, Pionier!
Vorwärts! Vorwärts! Immer bereit!
Ihr Pioniere der neuen Zeit!»
Das ist der Refrain. Die Strophen in ihrer Reihenfolge:
«Pioniere im gleichen Schritt!
Wer geht mit uns mit?
Mit uns zieht ein trotzig Geschlecht,
Kinder der Kämpfer für Freiheit und Recht!
Mit uns gehet Lenins Partei.
Sie ist unser Führer, sie macht uns frei!
Alle, in denen der Funke sich regt,
Bald er als Flamme zum Himmel schlägt».

*

Auch den erzählt man sich hinter dem Eisernen Vorhang: Ein kommunistischer und ein kapitalistischer Sünder sterben zugleich und werden von Petrus in die Hölle geschickt, der erste in die sozialistische, der zweite in die kapitalistische Hölle. Beide sind dazu verurteilt, in grossen Eimern Wasser zu schleppen. Nach einiger Zeit treffen sie sich an der Gemarchung und tauschen Eindrücke aus. «Es ist abscheulich», stöhnt der gewesene Kapitalist. «Die ununterbrochene Arbeit könnte einen umbringen, wenn man nicht schon tot wäre.» Der andere aber ist mit seiner Hölle zufrieden. «Das ist eben die Güte des Systems», erklärt er. «Haben wir Eimer, so gibt es kein Wasser, und hat es Wasser, so fehlen die Eimer.»

*

Radio Erevan hat in einer Sendung Ratschläge über das Verhalten bei Atomangriffen gesendet. Darüber zirkulieren makabre Persiflagen unter der Bevölkerung. Sie lassen erkennen, dass die gezüchtete Atomangst stärker wirkt als die Ankündigung erfolgreichen Schutzes vor dem «imperialistischen» Vernichtungskrieg.

«Was macht man bei einem Wasserstoffbombenangriff? — Man legt sich auf die Fahrbahn. — Warum gerade dort? — Weil man dort nicht allzu lange liegen bleibt. Die Strassen werden zuerst geräumt.»

«Wie verhält man sich bei einem Angriff mit Neutronenbomben? — Man geht in den Keller und schliesst die Augen. — Warum soll man die Augen schliessen? — Da wird niemand da sein, der sie dir sonst schliessen könnte.»